

## Newsletter 5

## November 2017

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

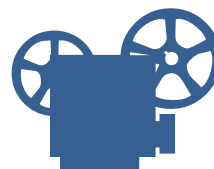
seit unserem letzten Newsletter hatten wir eine turbulente Zeit. Die neue Landesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen und im Bildungsbereich erste Aktivitäten entfaltet. In Gesprächen mit den bildungspolitischen Sprechern der Regierungsfractionen - Tobias Loose (CDU), Ines Strehlau (Bündnis 90/Die Grünen) - sowie der Opposition - Martin Habersaat (SPD) - haben wir die Interessen der Gemeinschaftsschulen vertreten. Weitere Gespräche u.a. mit der neuen Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sollen folgen. Zur geplanten Schulgesetzänderung bezüglich der Umstellung von G8 auf G9 haben wir eine Stellungnahme abgegeben, die wir hier zur Kenntnis geben.

Herausragendes Ereignis war natürlich unser Elterntag am 18.11.2017 in der Erich Kästner Gemeinschaftsschule in Barsbüttel. Ca. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen. Deren Rückmeldungen zeigen, dass der Tag ein großer Erfolg war. Auch darüber berichten wir in diesem Newsletter. Wir wollen nicht verhehlen, dass wir darüber enttäuscht waren, dass Frau Prien ihre Teilnahmezusage wieder zurücknehmen musste. An deren Stelle erläuterte die Staatssekretärin Frau Dr. Stenke die Bildungspolitik der Landesregierung. Dass wir unsere Bedenken in Bezug auf die geplanten Veränderungen eher bestätigt als entkräftet fanden, macht deutlich, wie wichtig es bleibt, offensiv die Interessen der Gemeinschaftsschulen zu vertreten.

Dieter Zielinski

### IN DIESEM NEWSLETTER

Elterntag 2017	2/3
Danksagung der Ministerin	4
Presseerklärung MBWK	5
Der neue LEB Vorsitzende	6
Stellungnahme Schulgesetz- änderung	7-9
Initiative Schulen am Wind	9-11
Vom Bildungsaufsteiger zum Wahlverlierer	12-16



In Kürze wird ein Film über den Elterntag auf die Homepage der Erich Kästner Gemeinschaftsschule gestellt:

[www.igs-barsbuettel.de](http://www.igs-barsbuettel.de)

## TERMINE

04.12.2017 Landesvorstandssitzung: Freiherr vom Stein Gemeinschaftsschule Neumünster, 16.00 Uhr

08.02.2017 Gespräch mit der Bildungsministerin Karin Prien, Bildungsministerium Kiel, 10.00 Uhr

Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein

Gemeinschaftsschulverband

c/o Dieter Zielinski

Langeskovweg 11

24222 Schwentinental



Elterntage werden von der GGG-SH seit mehr als 30 Jahren veranstaltet, viele Jahre lang sogar im Format von Wochenendseminaren. Seit einigen Jahren erfolgt die Durchführung in Kooperation mit dem Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen und jeweils einer Schule im Land. Dennoch war es dieses Jahr etwas Besonderes. Hervorzuheben ist das umfangreiche Programmangebot, das zu einer überwältigend zahlreichen Teilnahme von ca. 250 Personen geführt hat. Zu verdanken ist dieser Erfolg insbesondere Angela Tsagkalidis und Heike Steube, die beide dem Schulelternbeirat der Erich Kästner Gemeinschaftsschule in Barsbüttel vorstehen. Von Beginn der Planungen an hatten sich die beiden das Ziel gesteckt, eine große Anzahl von Eltern für unsere Veranstaltung zu begeistern. Das ist voll gelungen, auch wenn die Bildungsministerin Karin Prien, die als „Zugpferd“ das Eingangsreferat halten sollte, kurzfristig absagen musste. Zu danken ist ebenso dem neuen Vorsitzenden des Landeselternbeirates Gemeinschaftsschulen, Thorsten Muschinski, der noch vor seiner offiziellen Wahl mit großem Engagement mit in die Vorbereitungen eingestiegen ist. Hilfreich für uns war auch die von Brigitte Rieckmann vermittelte Unterstützung durch das IQSH (Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein). Einige Referentinnen und Referenten wurden uns von dort nicht nur empfohlen sondern auch finanziert.



**Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der GGG  
Dieter Zielinski**



**Frau Dr. Stenke beim Impulsvortrag**

Neben den Eltern aus den Gemeinschaftsschulen hatten wir auch Eltern von Grundschülerinnen und Grundschulern sowie von Gymnasien eingeladen. Erschienen waren ebenso die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der CDU (Tobias Loose), Bündnis 90/Die Grünen (Ines Strehlau) und der SPD (Kai Vogel, Martin Habersaat).

Unter dem Motto „Gemeinsames Lernen in Vielfalt“ standen 16 Workshops im Angebot. Schnell ausgebucht waren die Themen „Resilienz – so machen Sie ihr Kind stark!“, „Die Jungenkatastrophe“ und „Den Schulerfolg der Kinder im Elternhaus wirksam unterstützen“. Besonders war auch, dass der Landesschülersprecher für Gemeinschaftsschulen, Jasper Wiezorek, am Nachmittag einen Workshop für Schülerinnen und Schüler angeboten hat.

In Vertretung der Bildungsministerin war deren Staatssekretärin Frau Dr. Stenke erschienen. Diese verlas zunächst eine Grußbotschaft von Frau Prien. Anschließend erläuterte sie die bildungspolitischen Vorhaben der neuen Landesregierung. Sie hob die Relevanz der Gemeinschaftsschulen für die Schullandschaft in Schleswig-

Holstein hervor, indem sie ausführte: „Die große Bedeutung der Gemeinschaftsschulen liegt in ihrem Umgang mit der Heterogenität. Dabei leisten sie großartige Arbeit.“ Dennoch wurden die von uns in unserer Stellungnahme zum Regierungsprogramm der neuen Landesregierung (siehe Newsletter Nr. 4) geäußerten Befürchtungen eher bestätigt als ausgeräumt.



**Angela Tsagkalidis und Heike Steube bei der Moderation**

Grundsätzliche Unterschiede bestehen im Verständnis der Bildungsaufträge von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, den Beziehungen zwischen diesen beiden Schulformen und der Entwicklung des Zweisäulenmodells insgesamt. Die geplante und auch dringend erforderliche Einführung eines Sozialbonus für Schulen, die besondere Aufgaben zu bewältigen haben, soll bedauerlicherweise erst Anfang 2020 umgesetzt werden. Dass es bei der Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen bei den bisherigen Regelungen bleiben soll und demnach die Einrichtung weiterer Oberstufen möglich wird, begrüßen wir. Ebenso begrüßen wir die Äußerung von Frau Dr. Stenke, dass nach ihrer Auffas-

sung „Abschulungen“ der Vergangenheit angehören sollten. Jede Schule sollte bis zum Schulabschluss für die von ihr aufgenommenen Schülerinnen und Schüler verantwortlich bleiben. Wir sind gespannt darauf, wann die Landesregierung dieser auch von uns seit langem unterstützten Auffassung durch eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes Taten folgen lässt.

Dieter Zielinski



**Bildungspolitische Sprecher im Gespräch: Ines Strehlau, Martin Habersaat, Hermann Hanser (2. stellv. Bürgermeister von Barsbüttel), Tobias Loose**



**Angela Tsagkalidis vor dem Plenum**

Foto: Barbara Moszcynski



**Kai Vogel im Gespräch mit Thorsten Muschinski**



# DANKSAGUNG ZUM ELTERNTAG

Schleswig-Holstein  
Der achte Norden



Kiel, 18. November 2017

Sehr geehrter Herr Muschinski,  
sehr geehrter Herr Zielinski,  
liebe Eltern!

Vielen Dank für die Einladung zu Ihrem Elterntag, der ich sehr gerne gefolgt wäre. Der Ministerpräsident hat mich jedoch gebeten, stellvertretend für ihn die neugestaltete KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund zu eröffnen. Dieser Bitte nachzukommen ist mir sehr wichtig. Dabei hoffe ich auf Ihr Verständnis.

Die Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund erinnert uns daran, wie lang und beschwerlich der Weg Deutschlands - und so auch Schleswig-Holsteins - zu einer demokratischen Gesellschaft war. Bis heute müssen Toleranz und Weltoffenheit immer wieder von neuem vermittelt und verteidigt werden. Sie sind das Fundament unserer Demokratie. Auch für die Demokratisierung unserer Schülerinnen und Schüler ist der Erhalt der Erinnerungsorte und die Einbeziehung in den Schulkontext von großer Bedeutung.

Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die sich engagieren. Sie, meine Damen und Herren, geben dafür ein gutes Beispiel. Ich danke Ihnen sehr für Ihren vorbildlichen ehrenamtlichen Einsatz - für die beste Schule für unsere Kinder und als wertvolle Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner für die Politik und für mich als Bildungsministerin. Der Austausch mit Ihnen bedeutet mir viel. Sie erleben die Erfolge und die Herausforderungen von Schule bei ihren Kindern „aus erster Hand“. Ihre Rückmeldungen, Ihre Kritik und auch Ihre Unterstützung helfen uns, Schule besser zu machen. Denn gute Schule und gute, systematische Elternarbeit gehören untrennbar zusammen. Deshalb danke ich Ihnen sehr für Ihr Engagement und freue ich mich auf eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gelungene Veranstaltung und viele neue Anregungen.

Karin Prien  
Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
des Landes Schleswig-Holstein

## Medien-Information

---

Freitag, 17. November 2017 | Sperrfrist: Sonnabend, 18. November 2017 9 Uhr

---

### **Bildungsstaatssekretärin Dr. Dorit Stenke lobt Gemeinschaftsschulen als „Impulsgeber für viele Schulentwicklungsprozesse“**

**BARSBÜTTEL.** Beim Elterntag der Gemeinschaftsschulen in Barsbüttel hob die Staatssekretärin im Bildungsministerium Dr. Dorit Stenke heute (18. November) die Bedeutung der Gemeinschaftsschulen für die Schullandschaft Schleswig-Holsteins hervor: „Die große Stärke der Gemeinschaftsschulen liegt in ihrem Umgang mit Heterogenität. Dabei leisten sie großartige Arbeit.“ Sie betonte, dass die Schullandschaft in Schleswig-Holstein mit ihren zwei weiterführenden allgemein bildenden Schularten Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, mit den Berufsbildenden Schulen und den Förderzentren sowie den Schulen in privater Trägerschaft ein Erfolgsmodell sei. „Wir brauchen diese Vielfalt der Schulen, um der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden“, sagte Staatssekretärin Stenke weiter.

„Die Gemeinschaftsschule ist ein vorbildlicher Ort des gemeinsamen Lernens“, so Stenke. Dabei könne sowohl die innere als auch die äußere Differenzierung die Basis für eine gute Schulentwicklung sein. Sie sprach sich dafür aus, die Potenziale von Praxisklassen vermehrt zu nutzen. Sie kündigte außerdem an, den Gemeinschaftsschulen bereits ab Jahrgangsstufe 7 zu ermöglichen, die naturwissenschaftlichen Fächer wieder getrennt zu unterrichten. Beim Fach Weltkunde könnten die Schulen selbst entscheiden, ob sie den Unterricht als integriertes Fach oder in Einzelfächern anbieten wollten. „Das alles sind Aspekte, die auch der Profilbildung von Gemeinschaftsschulen dienen.“

Der Elterntag hat noch weitere Aufmerksamkeit gefunden:

Presseartikel:

Hamburger Abendblatt vom 20.11.2017 im Stormarnteil  
Gliner Zeitung Ausgabe 47 vom 21.11.2017

Außerdem hat der Bildungspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion Martin Habersaat eine Presseerklärung herausgegeben, die unter folgendem Link nachgelesen werden kann:  
<http://www.ltsh.de/pressticker/2017-11/20/15-53-22-5218/PI-WhLsYIIY-spd.pdf>

Landeselternbeirat der  
Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein



## Vorstellung als neuer Vorsitzender des Landeselternbeirates der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein



Im Sommer 2017 wurde der Vorstand des LEB der GemS in S-H neu gewählt. Vorsitzender wurde Thorsten Muschinski, 43, aus Elmshorn (Bild), unterstützt durch die Stellvertreterin Tatjana Kordts aus Heide und Kurt Scherbarth aus Timmaspe.

Nach der Amtsübernahme fand sich der Vorstand sehr schnell zusammen, um sich seinen neuen Aufgaben zu widmen.

Neben den großen Themen wie G8/G9, der Lehrkräfteversorgung, dem Unterrichtsausfall sowie der Digitalisierung, sieht der LEB eines der größten Probleme im fehlenden Zusammenhalt der Gemeinschaftsschulen. Dies betrifft sowohl die Lehrkräfte, Schulleitungen aber ebenso die Elternvertreter und Eltern allgemein. Solange nicht von allen Seiten begonnen wird, die Gemeinschaftsschulen, egal ob mit oder ohne Oberstufe, als eine Schulform anzusehen, wird den Befürwortern des selektiven

Schulsystems immer wieder „Munition“ geliefert, um gegen uns arbeiten zu können. Die Gemeinschaftsschule ist die größte und stärkste Schulform und sollte sich dementsprechend präsentieren, sowie gefördert werden. Allein die Tatsache, dass GemS o.O. durch das Schulamt verwaltet werden, GemS m.O. aber direkt durch das Ministerium, widerspricht der Beschreibung „einer Schulform“.

Ein weiterer wichtiger Punkt aus Sicht der Elternvertreterschaft ist die fehlende Vernetzung der Eltern im ganzen Land. Aufgrund sehr restriktiver Vorgaben durch den Landesdatenschutz wird den Elternvertretern die Arbeit massiv erschwert bzw. zuweilen unmöglich gemacht. Viele Eltern verlieren hierdurch die Lust an der Arbeit, was wiederum zur Schwächung selbiger führt. Andere Bundesländer bieten hierfür hervorragende Lösungen, an denen in S-H angeknüpft werden sollte.

Der LEB ist äußerst bemüht in unzähligen Gesprächen mit dem Ministerium, Politikern aller Fraktionen aber auch mit der GGG, dessen Landesvorstand der LEB als kooptiertes Mitglied angehört, für Verbesserungen im Bereich der GemS zu kämpfen und diese auch zu fordern. Allerdings zeigt sich in vielen Bereichen, dass zunächst mit echter Basisarbeit begonnen werden muss, was mitunter sehr mühsam ist und Zeit benötigt.

Es gibt im aktuellen Schulsystem eine Menge Probleme und wenige Lösungen. Daher ist es umso wichtiger, zeitnah gute, wirksame aber realistische Vorschläge zu entwickeln, um das Bildungssystem in S-H voran zu bringen.

Thorsten Muschinski

1. Vorsitzender  
Thorsten Muschinski  
Rethfelder Ring 17  
25337 Elmshorn

[www.lebsh.de](http://www.lebsh.de)



T.Muschinski@lebsh.de | 0 41 21 / 276 35 73 | 01 79 / 56 58 135

Gemeinschaftsschulverband  
LV Schleswig - Holstein

GGG

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Gemeinnützige  
Gesellschaft  
Gesamtschule

Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24222 Schwentinental

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Bildungsausschuss  
Herr Peer Knöfler

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Dieter Zielinski  
Landesvorsitzender

Langeskovweg 11  
24222 Schwentinental  
Tel: 0431 - 18402  
Diet\_Ziel@t-online.de

20.10.2017

## Stellungnahme der GGG zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Sehr geehrter Herr Knöfler,

wir bedanken uns für die Bitte um Stellungnahme.

Wir verstehen, dass nach den im Wahlkampf abgegebenen Versprechungen und den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag jetzt mit der Gesetzesvorlage eine Initiative zur Veränderung der Schulzeit am Gymnasium ergriffen wird. Dennoch halten wir die vorgesehene Verlängerung der Schulzeit in der Sache für nicht angemessen und aus systemischer Sicht viel zu kurz greifend. Dies aus folgenden Gründen:

1. In der im Auftrag der Stiftung Mercator verfassten Expertise „Verkürzung der Gymnasialzeit in Deutschland – Folgen der G8-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland“, die auch Bestandteil der Anhörung zur hier vorgelegten Gesetzesinitiative ist, weist Prof. Köller aus unserer Sicht fundiert nach, dass es aktuell keinen wissenschaftlich belegten Grund gibt, die Strukturreform des Gymnasiums, die zu einer Verkürzung der gymnasialen Schulzeit geführt hat, zurückzunehmen. Mit einem solchen Schritt würden im Gegenteil hohe finanzielle Belastungen auf das Land und die Schulträger zukommen. Das Geld wird anderweitig im Bildungssystem dringender gebraucht. Hinzu kommt, dass Eltern in Schleswig-Holstein auch jetzt schon die Möglichkeit haben, für ihr Kind den neunjährigen Bildungsgang an den Gemeinschaftsschulen zu wählen. Allerdings haben wir schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass es in Bezug auf

das Angebot einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe erhebliche regionale Disparitäten im Lande gibt. Die vorhandenen Oberstufen liegen hauptsächlich im südöstlichen Landesteil und nur sehr begrenzt im nordwestlichen. Zur Aufhebung der damit verbundenen Chancenungleichheit in den verschiedenen Landesteilen besteht akuter Handlungsbedarf.

2. Eine Reform des Gymnasiums, die lediglich dessen Dauer in den Blick nimmt, berücksichtigt nicht die tatsächlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler. Erfolgsversprechende Modelle aus Baden-Württemberg sehen z.B. eine Flexibilisierung der gymnasialen Schulzeit für individuell gestaltbare Bildungsgänge vor, in denen die Schülerinnen und Schüler zwei- bis vier Jahre verweilen können. Unberücksichtigt bleiben auch die gesellschaftlichen Herausforderungen, die aktuell an unser Schulsystem insgesamt gestellt werden. Zu diesen gehören die Umsetzung der Inklusion, die Integration geflüchteter Menschen sowie der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir erwarten, dass sich das Gymnasium diesen Herausforderungen mehr als bisher stellt. Aus unserer Sicht wäre eine entsprechende Erweiterung des Bildungsauftrages des Gymnasiums im Schulgesetz dazu ein hilfreicher Schritt.

Unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität des Schulsystems insgesamt wird die pädagogische Arbeit an den Gemeinschaftsschulen dadurch erschwert, dass immer wieder Rückläufer vom Gymnasium nach Abschlüssen in die Lerngruppen integriert werden müssen. Diese Beeinträchtigung der Lernmöglichkeiten der Gemeinschaftsschülerinnen und -schüler ist nicht hinnehmbar. Daher sind wir der Auffassung, dass alle Schulen die einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler soweit fördern sollten, dass sie an der jeweiligen Schule einen für sie bestmöglichen Schulabschluss machen können. Für das Gymnasium bedeutete dies, dass dort alle Bildungsabschlüsse erworben werden können. Diese Überlegung gilt umso mehr, wenn der hier betrachtete Gesetzentwurf beschlossen wird, heißt es doch in der Begründung, „dadurch mehr Zeit zum Lernen und Üben“ zur Verfügung zu haben. Mehr Zeit für individuelle Förderung beinhaltet aus unserer Sicht auch die Übernahme von Verantwortung für den gesamten Bildungsgang und den Schulabschluss einer Schülerin bzw. eines Schülers.

Die vorgesehene Regelung bezüglich der Beschlussfassung zur Beibehaltung von G8 an den Gymnasien, die eine Mehrheit von 75% der Mitglieder der entsprechenden Schulkonferenz vorsieht, halten auch wir für undemokratisch. Damit wird aus unserer Sicht ausgedrückt, dass es hier allein um die Durchsetzung des gewünschten Vorhabens geht.



## STELLUNGNAHME ZUR GEPLANTEN SCHULGESETZÄNDERUNG

Die GGG schließt sich diesbezüglich dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Drucksache 19/200) an. Zusammengefasst schlagen wir vor, eine Reform des Gymnasiums jetzt nicht im Eilverfahren einzig unter dem Aspekt der Schulzeitverlängerung durchzuführen, sondern dafür unter Berücksichtigung der von uns vorgeschlagenen Orientierungen ein umfassenderes, das gesamte Schulsystem berücksichtigendes Konzept zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dieter Zielinski

## SCHULEN AM WIND



Auf den nächsten Seiten lassen wir die Initiative „Schulen am Wind“ zu Wort kommen. Initiatoren des hinter der Initiative stehenden Vereins sind Schulleiter aus Gemeinschaftsschulen, mit denen wir engen Kontakt halten. Die GGG unterstützt die Anliegen der Initiative, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen von Schule so zu gestalten, dass die zu bewältigenden Aufgaben qualifiziert erfüllbar sind.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass es Ziel sein muss, alle Gemeinschaftsschulen so zu unterstützen, dass sie den im Schulgesetz formulierten Bildungsauftrag, nämlich „Eine Schule für alle“ zu sein und zu allen Bildungsabschlüssen zu führen, erfüllen können. Wir wollen keine Spezialschulen, die Schülerinnen und Schüler stigmatisieren und separieren. Im Gegenteil: Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule besuchen und die zu bewältigenden Aufgaben auf alle Schulen gleichmäßig verteilt werden.



## Schulen am Wind

Bericht von Hauke Kruse, Carsten Haack und Dieter Ruser

### Was sind „Schulen am Wind“?

„Kieler Pädagogen schlagen Alarm!“ titelt die KN am 6. Sept. 2017. Berichtet wird über die Gründung des Vereins „Schulen am Wind“. Seither ist deutlich Bewegung gekommen in die Diskussion um Schulen, die auch in Schleswig-Holstein vor besonderen pädagogischen Herausforderungen stehen ([www.schulenamwind.de](http://www.schulenamwind.de)).

Gemeint sind Standorte, an denen der Wind oft besonders stark von vorn weht. Zu finden sind sie insbesondere in Kiel, Neumünster, Flensburg und Lübeck. Systembedingt kommt es hier zu einer Konzentration von „Problemklientel“ mit einem extrem hohem Anteil an Migranten und staatlichen Transferleistungen, mangelnden Sprachkenntnissen und Verhaltensauffälligkeiten bis jenseits der Beschulbarkeit.

### Wie entstehen „Schulen am Wind“?

In vielen Ländern wird das Phänomen inzwischen heftig diskutiert: „Schulen am Wind“ verdanken sich der „Segregation“: Immer dann, wenn eine prekäre Schulart aufgelöst wird – wie seit 2007 die Hauptschule – beginnt die soziale Entmischung der Schülerschaft von vorn. Die nun freigesetzten Schüler/innen müssen an benachbarten Standorten in großer Zahl aufgenommen werden.

Bildungsaffine Elternhäuser nutzen jetzt die Schulwahlfreiheit, um ihre Kinder an Schulen außerhalb der sich neu herauskristallisierenden „Brennpunktschulen“ anzumelden. Vor Ort verbleiben mehrheitlich Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Verschärft wird die Polarisierung des Bildungsniveaus dadurch, dass prekäre Quartiere den größten Anteil an sozial Schwachen, Migranten und Flüchtlingen aufnehmen.

### Wozu diese Initiative?

Nach unserer Überzeugung leisten „Schulen am Wind“ eine systemrelevante, unverzichtbare pädagogische Arbeit – allerdings mit einer vergleichsweise schwachen „Lobby“. Die Initiatoren sind überzeugt, dass es gelingen kann, „Schulen am Wind“ pädagogisch erfolgreich zu führen.

Bedingung ist allerdings, dass sie über eine besondere pädagogische Expertise bei der individuellen Förderung verfügen - und diese dauerhaft wirksam erhalten! Dies kann nur gelingen, wenn standortbedingte Defizite wirksam kompensiert werden. Oder – wie der Sachverständigenrat für Integration und Migration 2016 programmatisch titelte – wenn „Ungleiches ungleich behandelt“ wird. Realisiert ist dies u.a. in Hamburg.

## Was sind realisierbare Erfolgsbedingungen?

Auf Basis jahrelanger Leitungs- und Unterrichtserfahrung erscheinen u.a. folgende Maßnahmen auch in Schleswig-Holstein erfolgsbedingend und realisierbar:

- Lerngruppengröße von maximal 20 Schüler/innen (in Hamburg: 18-20)
- Schulsozialarbeit mit einer Kapazität von 20 % der Schülerschaft
- „Systemzeit“ für Lehrkräfte mit überproportional hohen Beratungs- und Betreuungsaufgaben
- Bewerbungsanreize für hoch leistungsfähige Lehrkräfte
- erhöhtes Leitungszeitbudget für die Schulleitungen
- Stärkung und Ausbau der Ganztagsangebote.

## Resonanz und Perspektiven?

Die Resonanz auf die Vereinsgründung war beeindruckend positiv, insbesondere seitens vergleichbarer Schulen und der dort Beschäftigten.

Bildungspolitik und Landtag haben sich bereits im September intensiv mit der Initiative beschäftigt ([www.schulenamwind.de/aktuelles](http://www.schulenamwind.de/aktuelles)).

Die Landesregierung hat allerdings mitgeteilt, dass es in den nächsten Jahren zunächst zu klären sei, welche Schulstandorte überhaupt einer besonderen Unterstützung bedürfen und welche Konzepte Erfolg versprechen. Der Frage der Ressourcen wird deutlich weniger Bedeutung beigemessen.

## Links

[www.schulenamwind.de](http://www.schulenamwind.de)

[www.kn-online.de/News/Nachrichten-aus-Kiel/Verein-Schulen-am-Wind-Kieler-Paedagogen-schlagen-Alarm](http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-aus-Kiel/Verein-Schulen-am-Wind-Kieler-Paedagogen-schlagen-Alarm)

### Vom Bildungsaufsteiger zum Wahlverlierer – Schleswig-Holstein erlebte ein bildungspolitisch turbulentes Halbjahr

Als am 28. Oktober 2016 die Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs über die Schulleistungen der deutschen Neuntklässler in Deutsch und in Englisch veröffentlicht wurden, berichteten die bundesdeutschen Gazetten unisono vor allem über zwei Themen: den „Bildungsverlierer“ Baden-Württemberg und den „Aufsteiger Schleswig-Holstein“. Was war geschehen?

Im PISA-Nachfolger „IQB-Bildungstrend 2015. Sprachliche Kompetenzen am Ende der neunten Jahrgangsstufe“, der zum zweiten Mal nach 2009/10 erschien und auf einer Pressekonferenz im Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Berlin vorgestellt wurde, gab es einige nicht erwartete Überraschungen. Vor allem das gute Abschneiden der Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein war so nicht erwartet worden. Dass Schleswig-Holstein mit Abonnements-Meister Bayern in den Bildungsergebnissen gleichziehen würde, konnte eigentlich nicht erwartet werden. Deshalb taten sich die Akteure im Lande auch einigermaßen schwer, diesen Erfolg angemessen zu erklären.

Nur rund ein halbes Jahr später, am 7. Mai 2017, erlitt die in Schleswig-Holstein regierende KÜSTENKOALITION aus SPD, GRÜNEN und SSW eine deftige Wahlschlappe, die sie zu Wahlverlierern machte und das Tor für die JAMAICA-Koalition weit öffnete. Diese ist inzwischen in Amt und Würden und schickt sich an, ihre Wahlversprechen umzusetzen. Und dazu zählen auch bildungspolitisch so umstrittene Punkte wie G8 und die beabsichtigte Wiedereinführung des Gymnasiallehramtes in der Lehrerbildung.

#### 1. Schleswig-Holstein – der Bildungsaufsteiger

Was machte Schleswig bei diesem zweiten IQB-Schulleistungsvergleich der Bundesländer zum Bildungsaufsteiger? Das waren natürlich in erster Linie die sehr guten Ergebnisse hinsichtlich der erreichten Bildungsstandards der Neuntklässler im Fach Deutsch. Beim Lesen erreichten die schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler mit 54% den zweiten Platz unter den 16 Bundesländern, beim Zuhören sogar Platz eins mit 69,6% und in der Orthografie Platz 6 mit 66,4%. Im Fach Englisch reichte es ebenfalls zu Plätzen in der Spitzengruppe, jeweils Platz 3 im Leseverstehen mit 43,5% und im Hörverstehen mit 50,9%. Damit lag Schleswig-Holstein gleichauf mit Sachsen und Bayern, den Abonnements Siegern bei den Schulleistungsvergleichen. Während deren Ergebnisse das bisher gute Niveau der Schulleistungen bestätigte, war es bei Schleswig-Holstein die eklatante Verbesserung des Leistungsniveaus gegenüber dem ersten IQB-Ländervergleich von 2009/10: Bei den Schlüsselqualifikationen in Deutsch konnten Rangplätze im Leseverständnis (12→2), im Hörverständnis (12→1) sowie in der Rechtschreibung (10→6) überaus deutlich verbessert werden. In Englisch, wo Schleswig-Holstein schon bisher den 6. Rang belegt hatte, gelang beim Leseverständnis und beim Hörverstehen jeweils ein Sprung auf Rang drei (6→3).

Signifikante Verbesserungen in allen fünf Testfeldern waren deshalb auch die große Überraschung bei der Präsentation der IQB-Ergebnisse. Offensichtlich war selbst Bildungsministerin Britta Ernst mit ihren Fachleuten darüber so „schockiert“, dass Schleswig-Holstein bei der Ursachenbeschreibung zwar die gelungenen Unterstützungssysteme wie „Lesen macht stark“ und „Mathe macht stark“ durch das

Institut für Qualitätsentwicklung (IQSH) erwähnte, die Umwandlung der 2007 auf den Weg gebrachten Schulstruktur in nur noch Gymnasien und Gemeinschaftsschulen aber schlichtweg vergaß. Zur Ehrenrettung kann allerdings angeführt werden, dass auch die Autoren der IQB-Studie Entwicklungen der Schulstrukturen unberücksichtigt ließen. Für die Regierungsparteien in Kiel allerdings war das eine unverhoffte Steilverlage, die sie allerdings nicht zu nutzen verstanden.

### **2. Gute Voraussetzungen – die Gemeinschaftsschule wurde 10 Jahre alt**

Wir erinnern uns, 2007 entschied sich die Große Koalition in Kiel, nur noch Gymnasien und Gemeinschaftsschulen / Regionalschulen als weiterführende Schulen zuzulassen. Damit hatte auch die CDU den „Abschied von der Hauptschule“ (Rösner) vollzogen und auf die neue Zweigliedrigkeit gesetzt. In den folgenden Jahren fand das CDU-Modell der Regionalschule immer weniger Zuspruch, so dass nach der Landtagswahl von 2013 das „Zwei-Wege-Modell“ (Hurrelmann) durch die neue Küstenkoalition schulgesetzlich verankert wurde. Zudem erhielten die Gemeinschaftsschulen das Recht, bei Vorliegen von langfristig 50 Schülerinnen und Schülern eigene gymnasiale Oberstufen einzurichten. Immerhin 17 Schulen machten davon Gebrauch, so dass im Frühjahr 2014 insgesamt 42 Gemeinschaftsschulen (25 sind ehemalige Gesamtschulen) eine eigene Oberstufe aufweisen konnten. Wer in Schleswig-Holstein das Abitur ablegen wollte, dem standen jetzt zwei Wege zur Verfügung, der schnellere am Gymnasium mit G8 und der langsamere an der Gemeinschaftsschule mit G9.

Aber zurück zu den Ursachen für das gute Abschneiden Schleswig-Holsteins. Als 2007 die ersten Gemeinschaftsschulen entstanden, waren es vor allem zwei ministerielle Entscheidungen, die auf große Zustimmung stießen. Alle neuen Gemeinschaftsschulen bekamen eine Unterrichtsversorgung mit Planstellen, die es ihnen ermöglichte, durchgehend für die Jahrgänge fünf und sechs ein Unterrichtsangebot von 30 Wochenstunden auf die Beine zu stellen. Außerdem erhielt jede Klasse für Differenzierungszwecke zusätzliche 6 Lehrerwochenstunden. Viele der aussterbenden Hauptschulen gelang es damals nur mit Mühe, wöchentlich 25 Unterrichtsstunden auszuweisen. Zusätzlich gab es später zu den Differenzierungsstunden noch jeweils auf Antrag zwei Lehrerwochenstunden für die schon erwähnten Unterstützungssysteme „Lesen bzw. Mathe macht stark“. So ausgestattet, konnten sich die neuen Gemeinschaftsschulen durchaus der Konkurrenz der Gymnasien stellen und die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens auf ihre Fahnen schreiben. Als der IQB-Ländervergleich 2015 durchgeführt wurde, befanden sich alle teilnehmenden Schülerinnen und Schüler schon im aufwachsenden Jahrgang der neuen Schularten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es vor allem Verbesserungen bei den nichtgymnasialen Schülerinnen und Schülern waren, die für die Leistungsverbesserungen verantwortlich zeichneten. Von daher ist es bedauerlich, dass die Gemeinschaftsschule als Mitverursacher der Leistungssteigerung der Schülerinnen und Schüler .

Schleswig-Holsteins so gut wie nirgendwo Erwähnung fand.

### 3. G8 oder doch G9 – das bildungspolitische Wahlkampfthema

In dieser Gemengelage bereiteten sich die Parteien in Schleswig-Holstein auf den bevorstehenden Landtags-Wahlkampf vor. Die SPD mit ihrem Landesvorsitzenden Ralf Stegner verkündete auf dem Landesparteitag am 26.11.2016 in ihrem Wahlprogramm die Beendigung der Schulstrukturdebatte und sprach von einem „jetzt erreichten dauerhaften Schulfrieden“, der es den Schulen ermöglichen sollte, sich auf die „Qualität des Unterrichts“ zu konzentrieren. Mit diesem selbst verkündeten ewigen Schulfrieden hoffte die SPD-Spitze wohl, Schulen und Schulöffentlichkeit zu beruhigen und in den Dämmer Schlaf zu schicken. Ganz ähnlich formulierten es GRÜNE und SSW in ihren Wahlprogrammen. Allerdings hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Von den Oppositionsparteien (CDU; FDP, PIRATEN) hatte sich keine einzige für einen Schulfrieden ausgesprochen. Mit ihnen war ja auch in dieser Angelegenheit nicht verhandelt worden! Zwischenzeitlich hatte sich die oppositionelle CDU nach desaströsen Wahlumfragen von ihrem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Ingbert Liebig getrennt und mit Daniel Günther einen jungen und ehrgeizigen Landespolitiker an die Spitze gewählt. Dieser hatte sich schon als Fraktionsvorsitzender profiliert und ging seine neuen Ämter mit Elan an.

Es gelang ihm, mit G9 Anfang Februar 2017 ein Wahlkampfthema zu besetzen, bei dem er sich sicher sein konnte, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Die in den Nuller-Jahren bundesweit umgesetzte Verkürzung der Gymnasialzeit um ein Jahr auf nur noch 12 Schuljahre bis zum Abitur (G8) hatte sich in der gymnasialaffinen Öffentlichkeit schon bald als Rohrkrepieler herausgestellt. Schon 2010 bekundeten in einer repräsentativen FORSA-Umfrage für den STERN 57% ihre Zustimmung zur Frage „Wären Sie dafür, dass die Gymnasialzeit wieder auf neun Jahre verlängert wird?“. Lediglich 38% sprachen sich dagegen aus. Neuere Umfragen in einzelnen Bundesländern kommen sogar auf eine Zustimmung von bis zu 80% zu G9. Offenbar sprechen sich nur die Eltern der leistungsstärkeren Gymnasiasten für die verkürzte Gymnasialzeit aus. In der Folge ruderten etliche Bundesländer zurück zu G9 (zuletzt Niedersachsen) oder stellten eine Wahlfreiheit her.

Es war absehbar, dass sich das Thema G8 oder G9 hervorragend als populistisches Thema für Wahlkampfzwecke eignete. Da nutzte es in Schleswig-Holstein auch nichts, dass Olaf Köller, der Chef des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN), der Öffentlichkeit wenige Tage vor der Wahl eine Untersuchung präsentierte, die als „Schützenhilfe“ (SHZ) für die Befürworter des Turbo-Abiturs verstanden werden konnte. Hinsichtlich der erreichten fachlichen Leistungen konnten keine Unterschiede zwischen G8 und G9 festgestellt werden. Selbst die Mitgliedschaft in Vereinen litt nicht darunter und die Teilnahme an Schülerwettbewerben war sogar bei G8 größer. Die Parteien der regierenden Koalition, allen voran die SPD, hatten es versäumt, mit Themenplakaten auf ihre Abitur-Alternative „Gym8 oder Gem9“ aktiv hinzuweisen. Alle Eltern, die es wünschten, ihrem Kind eine längere Schulzeit zum Abitur zu gönnen, hatten ja die Alternative, eine Gemeinschaftsschule anzuwählen.

Nur folgerichtig sprach sich Wahlsieger Günther nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum neuen Ministerpräsidenten dafür aus, sein Wahlversprechen G9 jetzt auch zügig umzusetzen. Die für die Schulgesetzänderung notwendige Landtagsmehrheit ist ihm sicher und so steht der Umsetzung zum Schuljahr 2019/2020 kaum mehr etwas im Wege. Allenfalls der von der FDP ins Spiel gebrachte Verbleib bei G8, sollte die Schulkonferenz in geheimer Abstimmung mit dreiviertel Mehrheit dafür votieren, mag das Bild ein wenig trüben.

#### 4. Bewährung des Bewährten – Erhaltet die Gemeinschaftsschulidee

Nach dem bisher Gesagten ist es keine Frage, warum sich Eltern und damit potentielle Wähler bei schwierigen bildungspolitischen Fragen am liebsten „postfaktisch“ verhalten. Hinzu kommt, dass es der Bildungsbürger versteht, seine singuläre Meinung mit Vehemenz, notfalls sogar mit einem Bürgerentscheid, durchzusetzen. Die schweigende Mehrheit, die weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht, ist da nicht einmal eine ungeliebte Konkurrenz. Sie versteht wenig von den komplizierten Zusammenhängen, die hinter bildungspolitischen Entscheidungen stehen und verarbeitet wissenschaftliche Erkenntnisse einfach durch Nichtbeachtung. Dass der Schulerfolg der eigenen Kinder in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängt, ist ihnen nur schwer vermittelbar oder interessiert sie nicht. In der Sozialwissenschaft wurde dazu der Begriff von der „Ungleichheitstoleranz der Mittelschicht“ (Matz) geprägt. Dass damit aber begabte und befähigte Kinder der unteren Schichten unter ihren schulischen Möglichkeiten bleiben und infolgedessen gleichzeitig der gesellschaftlich notwendigen „Allokation“ (Fend) in das Beschäftigungssystem Schaden zufügen, wird von der Mittelschicht akzeptiert. Solange die eigenen Kinder nicht durch die „Schmuddel-Kinder“ (Degenhardt), wie es früher hieß, behindert werden, ist ihnen jede Regierung recht. So gibt es für die Abwahl von Torsten Albig (SPD) sicherlich mehr Gründe als sein unkluges Interview in der „BUNTEN“, in welchem er ungeschickt private Details seiner Beziehungskrise offenlegte. Die Erfolge seiner Bildungspolitik unter den Ministerinnen Wara Wende (Oberstufen an Gemeinschaftsschulen / Lehrkräftebildungsgesetz) und Britta Ernst (Jugendberufsagenturen / Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)) wären es wert gewesen, im Wahlkampf offensiver der Öffentlichkeit präsentiert zu werden. Dass das nicht geschehen ist, muss den Wahlkampfstrategien der abgewählten Regierungsparteien zur Last gelegt werden. In ihrem VORWÄRTS zeigte die Nord-SPD jüngst Einsicht: „Als Konsequenz aus den Erfahrungen der Landtagswahl wird der Landesverband Themenplakate anbieten – mit farbenfrohen Bildern und kurzem Text.“

Daniel Günther ist da unbelastet. Dass ihm sein Setzen auf populistische Inhalte geholfen hat, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. In der Bildungspolitik stehen jetzt einige Rollen rückwärts an. Auf G8 sind wir eingegangen. Aber auch die Rückkehr zum reinen Gymnasiallehramt, das zukünftig nur noch in Kiel angeboten werden soll, zeigt deutlich, dass die Gemeinschaftsschule von der neuen Regierung trotz Beteuerungen im Koalitionsvertrag nie und nimmer als eine gleichwertige und gleichberechtigte Schulart

## VOM BILDUNGSaufsteiger ZUM WAHLVERLIERER

wahrgenommen wird. Offenbar ist aber nicht geplant, den Gemeinschaftsschulen wieder Teile ihrer Differenzierungsstunden zu streichen, um das Gymnasium zu entlasten. Vielleicht ist in der neuen JAMAICA-Koalition angekommen, dass es die Gemeinschaftsschulen sind, die in der Sekundarstufe 1 die Hauptlast der Inklusion und der Integration der Flüchtlinge zu leisten haben.

Dass Daniel Günther kein Gegner der Gemeinschaftsschulen ist, hat er schon im Wahlkampf 2013 auf einer Podiumsdiskussion der GEW in Kiel deutlich ausgedrückt. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Landesregierung um die Schätze weiß, die ihnen die alte Landesregierung in der Bildungspolitik so kampflos überlassen hat. Deshalb ist Jan Friedmann vom SPIEGEL zuzustimmen, der Anfang Juli 2017 in seiner Analyse: „Stunde der Pragmatiker. Die Politik entdeckt, was Schulen wirklich besser machen können. Aber interessiert das auch die Wähler?“ abschließend für Schleswig-Holstein Folgendes feststellt: „Abgewählt wurde damit eine Regierung, die das Land im Norden innerhalb ziemlich kurzer Zeit aus der Abstiegszone (in der Bildungspolitik) auf die oberen Ränge geführt hatte.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.



Der Artikel erschien erstmals in der „Zeitschrift für Erziehung und Wissenschaft in Schleswig-Holstein“ Ausgabe 9/2017

Autor: **Dr. Hans-Werner Johannsen** (ehemals Schulleiter der Gemeinschaftsschule Handewitt und derzeit Beisitzer im Landesvorstand der GGG)